



Hilfloser Pazifismus?

Friedensbewegung im Aus? Ein Streitgespräch

Anfang der 80er Jahre demonstrierten Hunderttausende gegen die Raketenstationierung. Und wo ist die Friedensbewegung heute?

Spätestens seit dem Golfkrieg ist es still geworden um die westeuropäische Friedensbewegung. Haben die Friedenskräfte den Ausweg aus dem Kalten Krieg nicht gefunden? Wurde der Traum der gewaltfreien Konfliktlösung durch die Realität des Krieges in Bosnien-Herzegowina zunichte gemacht? Dorothee Wilhelm, Ursula Mattmüller, Göpf Berweger, Hansjörg Braunschweig und Marc Spescha trafen sich Anfang Dezember in Zürich zum Streitgespräch. Geleitet wurde die Diskussion von MOMA-Redaktor Hans Hartmann. Roland Brunner besorgte die Abschrift.

Hans Hartmann. Der Titel unserer Diskussionsveranstaltung heisst: Hilfloser Pazifismus – die Friedensbewegung im Aus? Das könnte ein provokativer Titel sein. Vor ein paar Jahren wäre er dies sicher noch gewesen. Heute scheint er eher ein breit akzeptiertes Gefühl der Angst und Unsicherheit, eine Definition der

Selbstbefindlichkeit zu sein. Entspricht mein Gefühl, dass ein relativ dramatischer Umbruch im Friedensdiskurs stattgefunden hat, auch eurer Einschätzung? Sind die Denkmuster der Friedensbewegung aus den 80er Jahren, die Konzepte des atomaren Letztkrieges heute passé? Ist Clausewitz wieder zurück?

Dorothee Wilhelm: Ich habe mich über den Titel der Veranstaltung geärgert, weil er dieser Diskussion den Charakter eines Tribunals gibt, in dem sich PazifistInnen für ihre Haltung rechtfertigen müssen. In der Einladung wird ein "Gesinnungspazifismus" einem "Verantwortungspazifismus" gegenübergestellt. Diese Konstruktion ist dazu angetan, den "Verantwortungspazifismus" als den einzig möglichen aufzuwerten und den anderen als verantwortungslos abzuqualifizieren.

Ich beobachte heute eine Militarisierung des Denkens bis in die Be-

griffe hinein. Plötzlich wird wieder von "militärischer Konfliktbewältigung" gesprochen – so als könnte militärisch mehr erreicht werden, als Kriegsparteien an den Verhandlungstisch zu bringen. Unsere pazifistische Fantasie scheint gelitten zu haben. Das Denken in militärischen Begriffen bleibt dem Bestehenden verhaftet. Wir können keinen Ausweg aus dem Tunnel finden, wenn ehemalige PazifistInnen sich plötzlich fit machen in Logistik.

Ursula Mattmüller: In meinen Überlegungen beginne ich beim Versagen der Denkmuster, Konzepte und Instrumente. Warum? Die Frauen haben viel zuwenig Anteil an der Macht. Solange hauptsächlich Männer Macht missbrauchen, niemand sich getraut einzugreifen, fehlen die friedlichen Konzepte. In der Zeitung sehe ich immer nur Männer in weissen Hemden und mit Krawatten, die Hände schütteln und Verträge unter-



schreiben. Papier ist geduldig. Verträge werden meistens von Männern unterschrieben und dann nicht eingehalten. Frauen müssten mehr zu Wort kommen, müssten mehr Geld und mehr Macht haben, um dies für Friedensarbeit einsetzen zu können. Solche Strukturen müssen von Grund auf, von der Schule her, revidiert werden. Nur so wird Pazifismus in der Gesellschaft Fuss fassen können.

Marc Spescha: Die Diskussion um Pazifismus wird immer konkret an-

Mit Blick auf Bosnien-Herzegowina ist die Einlösung dieses Anspruchs zweifellos schwieriger geworden.

Richtig bleibt aber auch da: Krieg ist eine unglückselige und unglückliche Verflechtung von Militär, Nationalismus und Männlichkeit. Gegen dieses Konglomerat haben wir auch heute noch allen Grund, eine pazifistische Stimme zu erheben. In der Armee werden tradierte Männlichkeitsideale kultiviert. Fehlende weibliche Fürsorglichkeit wird kompensiert durch Imponiergehabe und

noch eine Alternative. Der Pazifismus hat mehr weiblichen Inhalt als jede Armee, auch als jede sogenannte friedliche Armee. Wenn wir Probleme pazifistisch lösen können, haben an diesen Lösungen die Frauen fast von alleine einen grösseren Anteil.

Wohl zum ersten Mal in der neuen Weltgeschichte hat heute eine Grossmacht eine praktisch unbegrenzte Vormachtstellung. Dies bedeutet eine neue Qualität von Risiko. Während zuvor die Welt in einem gewissen Machtausgleich lebte, besteht heute kein Regulativ zur Macht der USA. Insofern trägt diese Macht auch die Verantwortung dafür, dass Krieg heute zu Unrecht wieder als legitimes Mittel der Konfliktbewältigung erscheint.

Göpf Berweger: Ich habe mich immer als Teil der Friedensbewegten verstanden. Angefangen 1956 bei Ungarn, dann gegen den Vietnamkrieg. Ich war selbst für ein Jahr in Südvietnam. Ich war in der Entwicklungszusammenarbeit tätig und habe diese Arbeit als Teil der Friedensbewegung begriffen. Ich habe mich aber nie als Pazifisten bezeichnet.

Für mich hat der Titel der heutigen Veranstaltung das Fragezeichen nicht hinter den Pazifismus gesetzt, sondern hinter das "hilflos". Ich habe in den 60er Jahren die Stärke der Friedensbewegung im Kampf gegen den US-Imperialismus in Vietnam selber miterlebt und in den 80er Jahren den Widerstand gegen die Raketenstationierung unterstützt. Seit 1992 hat die Gesellschaft für bedrohte Völker nach der Friedensbewegung gegen die Greuel in Bosnien-Herzegowina gerufen – und es kam niemand. Ich habe mich gefragt, wo die Friedensbewegung und die PazifistInnen hingekommen sind, die diese Verbrechen wenigstens beim Namen benennen würden. Die Forderung "No war in Bosnia" unterschreibt jedeR. Die Frage ist aber, was wir gegen diesen Krieg unternehmen. Marc Spescha hat gesagt, alles sei komplexer geworden. Das stimmt vielleicht für unser Weltbild, aber die realen Konflikte sind nicht viel komplexer. Was ist denn heute so anders, wenn ein selbständiger Staat von aussen zusammen mit Verbündeten im Innern aggressiv überannt wird, wenn es zu Völkermord



Dorothee Wilhelm, aktiv auf der Frauenstelle des Christlichen Friedensdienstes cfd in Zürich; Ursula Mattmüller, engagiert bei AMICA Schweiz, einer Frauengruppe, die Projektarbeit für ein Frauenhaus im nordbosnischen Tuzla durchführt; Marc Spescha, Mitglied der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA ...

hand von Beispielen, auf dem Hintergrund eines bestimmten Konfliktes oder Krieges geführt. Die Situation ist heute komplizierter als zu Zeiten der GSoA-Initiative, als die Blockkonfrontation unsere Fragestellungen diktierte.

Wir können nicht von *dem* Pazifismus sprechen, sondern nur im Plural von Pazifismen. Pazifistische Grundhaltung ist kein Auslaufmodell, aber man muss sich darauf einigen, von welchem Pazifismus man sprechen will und vielleicht auch einräumen, dass Pazifismus situationsensibel zu diskutieren ist mit Bezug auf konkrete Konfliktsituationen. Als PazifistInnen haben wir immer gesagt, "der Weg ist das Ziel", unser Ziel müsse sich über die Wahl der Mittel qualifizieren und legitimieren.

Aggressivität. Die Dynamik der militärisch entfesselten Gewalt sehen wir heute im ehemaligen Jugoslawien. Das diskreditiert nicht den Pazifismus, sondern zeigt, wohin militärisches Denken führt.

Hansjörg Braunschweig: Die Blockkonfrontation wurde durch einen aggressiven Nationalismus ersetzt. Davon wurden alle – nicht nur PazifistInnen – überrascht und sind lange Zeit hilflos geblieben. Wir müssen aber weiterhin Wege und Mittel suchen, wie wir uns den neuen Konfliktsituationen gewaltfrei stellen können. Solange wir in diesen Konflikten nicht alle gewaltfreien Mittel ausgeschöpft haben – und dies haben wir selten bis nie getan –, ist die Armee weder eine Notwendigkeit

kommt... Ich sehe die Komplexität, aber das Erklärungsmuster ist für mich relativ einfach.

Marc Spescha: Die Forderung nach einer Schweiz ohne Armee war eingebettet in die Vorstellung eines Atomkrieges in Europa, der eine nationale Landesverteidigung schlicht unmöglich machen würde. Die Diskussion wurde geführt unter der Vorgabe, dass der nächste Krieg der letzte sei. Dazu kam eine Kritik an der Armee als Ideologie-Agentur, die Menschen instrumentalisiert und sie zu gehorsamen Untertanen erzieht. Es war sehr viel einfacher, den Menschen zu erklären, weshalb die Schweiz mit der Armeeabschaffung den ersten Schritt zur Überwindung des Krieges tun könnte, als heute eine pazifistische Strategie in Ex-Jugoslawien zu formulieren.

Heute sind wir mit Kriegen konfrontiert, die aus dem Zerfall von Staaten entspringen. Die Parole der Gewaltfreiheit macht uns ratlos angesichts des realen Kriegsverlaufes. Angesichts ablaufender "ethnischer Säuberungen" und Genozids wird das Denkmuster des "letzten Krieges" hinfällig. Natürlich können wir uns einfach auf die hehren Grundsätze des Pazifismus zurückziehen, aber wir müssen uns die Frage gefallen lassen, ob der Einsatz militärischer Gewalt nicht hunderttausende von Menschenleben hätte retten können.

Ursula Mattmüller: Die Frage ist tatsächlich, wie wir auf so massive Verletzungen der Menschenrechte reagieren. Welche Konzepte hat die Friedensbewegung, um auf Genozid zu reagieren? Wenn bei uns in der Schweiz zu Friedenszeiten gemordet wird, verfolgen wir die Straftäter ja auch. Man geht den Fragen aus dem Weg und verpackt alles in einen Watebausch.

Göpf Berweger: Die Friedensbewegung hat dadurch, dass sie den Genozid nicht als solchen benannt hat, eine verwischende Allgemeinposition bezogen, die von verschiedenen Bürgerkriegsparteien spricht, wo alle ein bisschen Täter und ein bisschen Opfer sind – vielleicht ein bisschen mehr oder weniger. Täter und Opfer erhalten so die gleiche Behandlung – ähnlich wie bei der Neutralität, die

keine Position bezieht und gerade dadurch ermöglicht, dass das Ungleichgewicht zwischen Tätern und Opfern sich noch weiter verschärft.

Hans Hartmann: Um auf die Frage nach der Hilflosigkeit des Pazifismus zurückzukommen: Es ist offensichtlich, dass auf dem Pazifismus heute ein Legitimationsdruck lastet, der neu ist. So wurden im vergangenen Sommer nach der Eroberung der bosnischen Enklaven am Rande einer Friedenskundgebung Unterschriften

chen Diskussionen aufzehren lassen. Es ist überhaupt nicht wichtig für unsere Gruppen in der alltäglichen Arbeit, dass wir in diesen Fragen einen Konsens haben." Das war für mich eine wichtige Stellungnahme.

Wir haben eine Allmachtsfantasie entwickelt, so als würde die Friedensbewegung entscheiden über Intervention oder Nichtintervention. Unsere Arbeit als Friedensbewegung ist es, mit allen dem Krieg entgegenstehenden Kräften zusammenzuarbeiten und sie zu stärken, um so Per-



Diskussionsleiter Hans Hartmann; Hansjörg Braunschweig, aktiv beim Friedensforum Zürich im Rahmen des Schweizerischen Friedensrates SFR; Göpf Berweger, Geschäftsführer der Gesellschaft für bedrohte Völker GfV Schweiz.

für einen Nato-Einsatz gesammelt. Die Forderung nach Aufhebung des Waffenembargos wurde erhoben.

Dorothee Wilhelm: Man geht mit der Friedensbewegung um, als ob sie ein "Unternehmen Weltfrieden" wäre, das noch kein ordentliches Produkt vorzuweisen hat. Ich möchte Vesna Kesic, eine unserer Projektpartnerinnen aus dem Zentrum für Frauen-Kriegsflüchtlinge in Zagreb zitieren. Sie sagte bei ihrem letzten Besuch in der Schweiz: "Wir müssen den Krieg verhindern. Stoppen können wir ihn nicht. Deshalb ist mir als Feministin diese realpolitische Perspektive zu eng. Der Krieg reduziert das Leben auf ganz wenige Dinge: Angst, Hass und Fragen wie Intervention ja oder nein. Als Frauenprojekte wollen wir uns nicht von sol-

spektiven zu entwickeln, die ein Ende des Krieges möglich machen, das mehr ist als ein Waffenstillstand.

Wir stehen vor dem Dilemma zweier unerträglicher Möglichkeiten: Untätig zusehen, wie sich das Faustrecht durchsetzt, oder dann auf die unsicherste aller möglichen Karten, die militärische Lösung zu setzen. Heute wird uns weisgemacht, der Friedensprozess funktioniere wie ein Kaffeeautomat: Fünf Nato-Flugzeuge lassen oben Bomben rein und unten kommt Frieden raus. Für einen wirklichen Frieden spielen aber viele zusätzliche Faktoren eine Rolle, beispielsweise die Existenz einer multiethnischen Friedensbewegung vor Ort.

Hansjörg Braunschweig: Es wurde hier von Gewaltfreiheit gesprochen,



als ob dies Nichtstun und Zuschauen bedeuten würde. Ich habe ein sehr positives Verständnis von Gewaltlosigkeit. Zugegebenermassen haben wir vieles versäumt, aber es wurde doch auch einiges getan. Zum Beispiel haben wir eine Volksinitiative eingereicht, um die Militärausgaben zugunsten von Friedensprojekten beträchtlich zu reduzieren. Zudem war die Flüchtlingsfrage für uns immer zentral. Man kann uns vorwerfen, wir hätten versagt, weil wir uns nicht durchsetzen konnten, aber man kann nicht behaupten, wir hätten nichts getan. Oft zählt auch bei uns nur gerade, was sich auf der Strasse ab-

auch militärischer Mittel vielleicht Menschenleben hätten gerettet werden können, darf deswegen niemand als Kriegstreiber verurteilt werden. Das Nachdenken und Suchen nach der richtigen Antwort muss erlaubt sein. Wir werfen doch nicht das Prinzip der Gewaltfreiheit und das Ziel des Friedens über Bord, nur weil wir über die Forderung der Opfer laut nachdenken, diesem Massenmorden Einhalt zu gebieten.

Das Dilemma ist doch, dass ich als Zuschauer dieser Greuel mich frage, wie reagiert werden könnte. Wenn zwei Kinder sich prügeln, versuche ich einzugreifen. Im Zivilen wissen wir, wie wir reagieren. Gelten denn diese Grundsätze nicht bei Völkermord? Setzen wir hier wirklich das Prinzip der Gewaltfreiheit höher als die Menschenleben? Ich weiss, dass diese Frage nicht leicht und nur konkret im Einzelfall zu beantworten ist.

Hans Hartmann: Wenn man Völkermord als hinreichenden Grund für eine militärische Intervention betrachtet, muss man die Kriterien von Völkermord definieren. Man muss erklären, weshalb wo interveniert werden soll: In Somalia und in Ruanda mit vielen Hunderttausend Toten infolge von sogenannten Stammesfehden, in Osttimor mit Hunderttausenden Ermordeten durch die indonesischen Besatzungstruppen, gegen die Massaker im brasilianischen Amazonasgebiet, gegen die Belagerer von Kabul, in Kurdistan oder in Tibet ... soll hier überall militärisch interveniert werden? Wer soll intervenieren? Wer die Waffen produzieren und die Truppen aufstellen?

Göpf Berweger: Deine Liste ist noch nicht einmal vollständig. Selbstverständlich können wir nicht einen Weltpolizisten kreieren, der dann überall eingreift. Der Konflikt auf dem Balkan, das Drama in Bosnien-Herzegowina trifft uns aber in Europa ganz besonders. Erstens war Jugoslawien ein westeuropäisches Land. Zweitens sind die westeuropäischen Regierungen und Medien äusserst direkt in den Konflikt involviert.

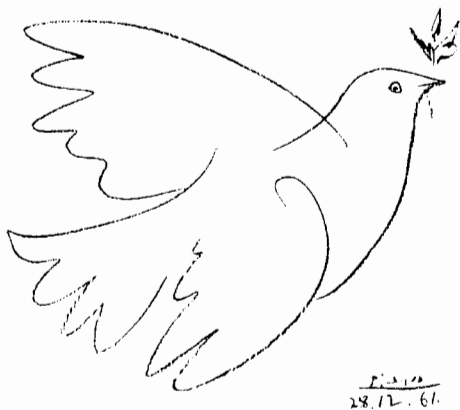
Dorothee Wilhelm: Ich habe in allen Friedensgruppen, in denen ich aktiv war, noch nie erlebt, dass jemand ein

Prinzip der Gewaltfreiheit postuliert, das als heilig gegolten hätte, egal wieviele Menschen dafür sterben müssten. Wir sind aber unterschiedlicher Meinung bezüglich der Militärintervention als Lösung des Konfliktes. Wir haben Militärintervention – wenn überhaupt – diskutiert als integrierten Bestandteil einer politischen Lösung durch friedensschaffende Massnahmen. Eine Militärintervention schafft keinen Frieden, sondern kann im Erfolgsfall die Kriegsherren an den Verhandlungstisch bringen.

Roland Brunner: Friedensarbeit wurde mit dem Ende des kalten Krieges vom Demonstrationsakt zur Projektarbeit, sie wurde konkreter, politischer, weniger moralisch. Statt Friedenspostulate zu verfassen, haben Teile der Friedensbewegung umgelernt und die konkrete Arbeit vor Ort und zusammen mit ProjektpartnerInnen entwickelt.

Die Interventionsdebatte ist für mich eine Reaktion auf die televisionären Greuel. Die Bilder lösen Wut und Betroffenheit aus. Viele Menschen versuchen dann, ihr Gefühl der Ohnmacht loszuwerden mit Vorstellungen der Allmacht. Man delegiert die Betroffenheit als Handlungsauftrag: Irgendjemand soll irgendetwas tun, damit endlich Schluss damit ist. Diese delegierten Allmachtshoffnungen transportieren den Glauben ans Militärische. Die Friedensbewegung hat immer versucht, eigenverantwortliches Denken und Handeln zu fördern, Handlungsangebote zu machen, selbstbestimmte Einmischung zugunsten des Friedens zu ermöglichen. Das Delegieren des Handelns an die Mächtigen, die Militärs, die Politiker bedeutet dagegen Selbstaufgabe. Für mich steht Projektarbeit als Handlungsangebot im Gegensatz zur Delegation des militärischen Handelns.

Göpf Berweger: Nach 15 Jahren Arbeit in der Entwicklungszusammenarbeit bin ich mir der Bedeutung dieses Engagements sehr wohl bewusst. Es wäre aber schade, wenn die Friedensbewegung hinter die Erfahrungen der Entwicklungszusammenarbeit zurückfallen würde. Wir haben gelernt, dass man mit rein humanitären Aktionen nicht zum Erfolg kommt, sondern dass es auch eine



spielt. Wenn nicht 40'000 Menschen an einer Kundgebung sind, spricht man schon vom Ende der Friedensbewegung. Es gibt aber Zeiten, in denen die tägliche Kleinarbeit wichtiger ist als die grossen öffentlichen Manifestationen.

Der Ruf nach Militär in der Schweiz ist sowieso völlig unreal. Die Mehrheit der SchweizerInnen hat es abgelehnt, zur UNO zu gehören, sie lehnt es ab, zum organisierten Europa zu gehören, sie will keine Blauhelme stellen. Es ist schwierig mit diesem Volk, zu dem wir gehören. Bei aller Kritik an den Blauhelmen wäre es doch wichtig, dass die Schweiz hier ihren Beitrag leisten würde, statt immer abseits zu stehen.

Göpf Berweger: Nur weil die Friedensbewegung nicht auf Anhieb die pfannenfertigen Antworten gefunden hat, müssen ja nicht alle positiven Errungenschaften und Erfolge der letzten zwanzig Jahre in Frage gestellt werden. Wenn wir uns angesichts 250'000 Toter im ehemaligen Jugoslawien fragen, ob mit dem Einsatz

längerfristige Politik braucht, etwa in Form von längerfristigen Aufbauprojekten, aber auch von Information, öffentlicher Meinungsbildung und Lobbyarbeit. Bis hin zum letzten Hilfswerk ist es heute Allgemeingut zu wissen, dass man mit punktuellen Aktionen im Feld zu kurz greift, wenn an den Strukturen nichts verändert wird. Das wären Allmachtsfantasien, wenn wir glauben würden, dass die Projektarbeit die Lage insgesamt verändern könnte. Es geht nicht um ein Entweder-Oder, sondern um ein sinnvolles Nebeneinander von Projekt- und Informationsarbeit.

Dorothee Wilhelm: Einerseits wünschen wir uns eine internationale Ordnung, in der nicht jeder Staat mit seinen Minderheiten umgehen kann, wie er will und in der Gewalt im Bereich gesellschaftlicher Konflikte ausgeschlossen ist. Andererseits wissen wir, dass die bestehenden Machtverhältnisse dieser Welt, die ökonomischen und politischen Verhältnisse, sich in einer solchen internationalen Ordnung eins zu eins abbilden werden. Wir fordern eine Weltgesellschaft, aber Realität ist höchstens eine Staatengemeinschaft. Staatspolitik ist aber Machtpolitik und folgt selten friedenspolitischen Zielsetzungen.

Teilnehmer: Als ich den Militärdienst verweigert habe, wurde ich von den Militärriechtern auch gefragt, was ich denn machen würde, wenn ich mit meiner Freundin im Wald unterwegs wäre und angegriffen würde. Ob ich mich da nicht auch verteidigen würde. Ich habe mich prinzipiell auf Gewaltfreiheit berufen, aber trotzdem ein Selbstverteidigungsrecht beansprucht. Dieser Widerspruch ist nicht auflösbar. Man kann nur mit ihm leben lernen. Der Grundsatz der Gewaltfreiheit ist zu verteidigen, auch wenn er in einem einzelnen Fall übertreten werden muss, denn die Übertretung ist an sich keine Lösung, sondern schafft wieder die nächsten Probleme.

Roland Brunner: Selbstverständlich hat jeder Mensch und jede gesellschaftliche Identität das Recht, sich selber zu verteidigen. Ich kann dieses Recht niemandem nehmen, aber auch niemandem geben. Zu fragen ist nicht nach dem moralischen

Recht, sondern nach der politischen Wahrnehmung dieses Rechts.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat an Kundgebungen nach den Eroberungen von Zepa und Srebrenica die Betroffenheit und Ohnmacht der Leute aufzufangen versucht. Aus dem moralischen Druck wurde eine politische Antwort kurzgeschlossen, indem man eine Militärintervention forderte. Ich kritisiere nicht, dass man sich die Frage eines militärischen Vorgehens stellt. Diese Frage ist legitim. Ich sehe aber nirgends, dass die Forderung nach Militärintervention eingebettet wird in Überlegungen, wie, von wem, mit

einfach, eine Position zu finden. Die exil-bosnischen Organisationen in der Schweiz haben einen 7-Punkte-Forderungskatalog aufgestellt, der auch bei uns intern zu einer sehr schwierigen Diskussion führte. Wenn dies kein Problem wäre, würden wir auch heute nicht hier sitzen und diskutieren.

Hansjörg Braunschweig: Auch die bekanntesten Pazifisten dieses Jahrhunderts haben diesen Widerspruch wahrgenommen. Mahatma Ghandi hat während des Befreiungskampfes gegen den Kolonialismus gesagt, schlimmer als die Gewaltanwendung

Krieg in Bosnia



Kundgebung gegen den Krieg am 28. Juli 1995 in Zürich nach der Eroberung von Zepa und Srebrenica. Im Bild: Regierungsrätin Verena Diener und Schriftsteller Adolf Muschg.

welchem Mandat, mit welcher Ausbildung, unter welchem Kommando usw. diese Intervention stattzufinden habe. Hier scheint das blinde Vertrauen in die militärischen Führungen zu herrschen.

Die Demoaufrufe delegieren mit ihrer Forderung nach Militärintervention moralische Betroffenheit als politisches Mandat an wenig vertrauenswürdige Kreise. Der Zwiespalt, in dem die Friedensbewegung steckt, wird mit einem Kurzschluss ausgeschaltet. Militärintervention wird als einzig legitime, moralisch gerechtfertigte und politisch nicht hinterfragbare Antwort präsentiert.

Göpf Berweger: Ich kenne diesen Zwiespalt. Es war auch für uns nicht

sei die Feigheit. Wir haben beispielsweise die Revolution in Algerien unterstützt, indem wir Kinder von Befreiungskämpfern aufgenommen haben. Wir wussten sehr wohl, dass wir damit dieser Armee eine Last abnahmen und ihr die Kriegsführung erleichterten. Wir haben dies gemacht, weil wir auf der Seite des Befreiungskampfes standen. Aus dieser Erfahrung heraus habe ich dann aber 25 Jahre später meiner Tochter zu kritischer Unterstützung der Guerilla in Nicaragua und El Salvador geraten. Ich habe erlebt, dass die guten Revolutionäre nicht immer auch die guten Aufbauer waren.

Teilnehmerin: Ich komme gerade zurück aus einem Einsatz in einem



Flüchtlingslager in Serbien, beim Aggressor also. Da habe ich wieder gesehen, wie wichtig diese Arbeit im Kleinen, im Alltag ist. Die Kinder in diesem Lager haben aus einem Stück Holz Gewehre gebastelt und sich im Spiel den ganzen Tag umgebracht. Die Zukunft des Landes liegt bei die-

diese Militärköpfe delegieren zu wollen. Aber Militärintervention ist ja nicht der einzige Weg. Diese stellt zwar für PazifistInnen das grösste Problem, aber die Einsatzmöglichkeiten sind viel breiter. Die OSZE wird unter Schweizer Präsidium in den nächsten zwölf Monaten einen

gestellung berücksichtigen, ohne uns darin zu verlieren. Klare Positionen sind notwendig.

Hansjörg Braunschweig: Die Kriege nach dem Ende der Ost-West Konfrontation haben viel Verunsicherung gebracht und dadurch häufig unser Handeln verhindert. Hier ist noch viel Aufarbeitung notwendig. Die konkrete Arbeit, in Projekten dort, aber auch für Flüchtlinge hier, schafft den Boden, auf dem diese Aufarbeitung und langfristige Konfliktlösung möglich ist.

Marc Spescha: Pazifismus als Haltung radikaler Gewaltkritik hat sich auch vor dem Hintergrund des Krieges im ehemaligen Jugoslawien nicht entwertet. Wir müssen uns weiterhin nach unseren Möglichkeiten dort einsetzen, wo wir einen Beitrag leisten können zur Zivilisierung von Konflikten. Strategien der Gewaltfreiheit und des zivilen Ungehorsams gegenüber Befehlen und militärischen Optionen sind zu stärken. Der Pazifismus muss die demokratische Frage nach Menschen- und Minderheitenrechten und nach Rechtsstaatlichkeit aufnehmen. Pazifismus muss heute vielfältiger sein, wenn er auf die neuen Herausforderungen antworten will.

Ursula Mattmüller: Ich plädiere nochmals dafür, dass Frauen mehr Einfluss und Macht erhalten müssen. Typischer- und traurigerweise wurde heute abend wieder kaum darüber geredet. Solange Macht eine Männerangelegenheit ist, kann es keinen Frieden geben.

Dorothee Wilhem: Die Analyse der 80er Jahre, dass soziale Gerechtigkeit die Grundlage des Friedens abgibt, ist keineswegs überholt. Die Frage der Flüchtlinge, speziell der Deserteure, die Frage der Gerechtigkeit bei den Tribunalen und die multiethnischen Projekte sind heute zentral für die Bildung einer Nachkriegsidentität, damit gegenseitiges Vertrauen in der Gesellschaft wieder Raum bekommen kann. Die Diskrepanz zwischen erhoffter Völkergemeinschaft und real existierender UNO muss durch Demokratisierung überwunden werden. ■



sen Kindern. Frieden müssen wir bei dieser neuen Generation gewinnen, indem wir den Hass abbauen.

Zoltan Doka: Die Unterstützung einer Militärintervention führt faterweise meist unreflektiert zu einer materiellen und ideellen Unterstützung jener Kreise, die mit ihren neoliberalen Konzepten den gesellschaftlichen Boden für Krieg legen. Wir delegieren die Friedensfrage an Leute, die militärisches Denken in sich tragen. Einerseits werden Gelder gestrichen für Friedensarbeit, andererseits erzählen uns die Chef-Streicher, dass wir die Nato und ihre Bestrebungen – auch finanziell – unterstützen müssten.

Toni Bernet: Wir müssen unterscheiden zwischen der UNO und der Nato, zwischen den UNPROFOR-Einheiten im ehemaligen Jugoslawien und den neuen IFOR-Truppen (Implementation Force). Mit dem Dayton-Abkommen ist der Friedensprozess von der UNO an die Nato übergeben und dadurch weiter militarisiert worden. Die UNO wird einmal mehr als Legitimierungsinstanz missbraucht.

Göpf Berweger: Sicher wäre es falsch und gefährlich, Frieden an

wichtigen nichtmilitärischen Beitrag leisten zum Wiederaufbau und zur Demokratisierung. Neben der militärischen *Hardware* ist eben auch die demokratische *Software* wichtig. Es ist ja auch absolut irrelevant, ob wir für oder gegen eine Militärintervention sind. Die entscheidenden Kräfte lassen sich von uns weder davon abhalten noch dazu zwingen. Aber im Bereich zivilen Handelns und der Projektarbeit liegt unsere Verantwortung.

Hans Hartmann: Wohin soll die Reise der Friedensbewegungen gehen? Müssen sie sich eher darum sorgen, den Anschluss an die Debatte um internationale Sicherheitssysteme und um die Durchsetzung von Menschen- und Minderheitenrechten nicht zu verpassen? Oder geht es vor allem um die Verteidigung der pazifistischen Denktradition gegen einen militaristischen Interventionsdiskurs?

Göpf Berweger: Als Bezugsrahmen für die notwendigen Diskussionen in der Friedensbewegung können wir die Menschenrechte und die Entwicklung des Völkerrechts nehmen. Dieser Prozess, Recht auch international festzusetzen, steht immer noch am Anfang. In diesem Rahmen müssen wir die Komplexität der Fra-